

Bezugspreis:
Vierteljahr 1.20.— M., monatlich 50.— M.
frei ins Haus, wenn zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 50.— M., viertel-
jährig 1.20.— M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänien, Est- u. Lett-
land, sowie Österreich u. Rumänien
64.— M., für das übrige Ausland
72.— M. Postbestellungen nehmen
an Belgien, Dänemark, England, Est-
land, Finnland, Frankreich, Holland,
Italien, Jugoslawien, Österreich,
Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei
und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Simmelt“ und der
Beilage „Stellung und Meinungen“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Feiertags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Donnerstag, den 29. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die einseitige Kompositionelle
Zeile 16.— M. — Restzahlung 50.— M.
„kleine Anzeigen“ (bis 10 Zeilen
lang, 4—5 M. pro Zeile) jedes weitere Wort
1.— M. Stellungen und Stellen-
angelegenheiten das erste Wort 2.00 M.,
jedes weitere Wort 2.— M. Ganze
über 15 Buchstaben zahlen für amer-
ikanische Familien-Anzeigen für Men-
nen 2.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß-
zeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Der Mörder Techow verhaftet.

Der Mordgehilfe Günther geständig. — Das Komplott aufgedeckt.

Berlin, 29. Juni. (Amtlich). Einer der Mörder des Außenministers Rathenau, der 21 Jahre alte Ernst Techow, ist heute Vormittag in der Nähe von Frankfurt a. O. verhaftet worden, er ist derjenige, der das Auto gesteuert hat. Die Meldung, daß auch die anderen beiden Mörder bereits ergriffen worden seien, bestätigt sich nicht.

Berlin, 29. Juni. Amtlich. Die der Teilnahme an der Ermordung des Ministers Rathenau überführten Personen, die von der Abteilung 1a des Berliner Polizeipräsidiums ermittelt und festgenommen wurden, sind:

1. Kaufmann Richard Schütt,
2. Kaufmann Franz Diestel in Berlin, die Besitzer der Autogarage, in welcher der zur Mordtat benutzte Kraftwagen untergebracht war,
3. der Gymnasiast Gerd Techow in Berlin,
4. Student Willi Günther in Berlin,
5. Gymnasiast Heinz Stubentrauch in Berlin.

Der zu 3 Genannte ist der Bruder des inzwischen ergriffenen Mittäters Ernst Techow. Gerd Techow, Günther und Stubentrauch waren die Mitwisser bzw. Urheber des Mordplanes. Schütt und Diestel waren Mitwisser bzw. Beihilfer des Mordes. Die Festnahme weiterer Teilnehmer an der Mordtat steht noch zu erwarten.

Der amtliche preussische Pressedienst meldet:

Die Abteilung 1a des Berliner Polizeipräsidiums hat den Leutnant der Reserve und cand. jur. W. Guenther verhaftet, dem nicht nur die Mitwisserschaft, sondern die Beihilfe zum Mord des Reichsaussenministers Dr. Rathenau bereits nachgewiesen ist. Guenther war sowohl bei den Vorbereitungen, die sich um den Plan des Mordes drehten und die in einem Berliner Vorort stattfanden, anwesend, als auch den Tätern in jeder Weise beihilflich. Er hat für den Mörder Techow die Garage ausfindig gemacht, in der das von auswärts kommende Automobil, das bei der Mordtat benutzt wurde, untergestellt werden konnte. In alle Einzelheiten der geplanten Tat war er, wie noch einmal ausdrücklich hervorgehoben werden muß, genau eingeweiht.

Guenther ist der deutschnationalen Jugendbewegung im März 1919 beigetreten und wurde im November des gleichen Jahres auch Mitarbeiter des nationalen Vereins, die der „Aufklärung des Volkes in nationaler Sinne“ dienen will. Seit dieser Zeit ist er nach seinen eigenen Angaben in Beziehungen zu rechtsgerichteten politischen Persönlichkeiten getreten, die im öffentlichen Leben eine Rolle spielen. Während des Kapp-Putsches war er im Vorzimmer des Generals v. Cölln bei Oberst Bauer als Ordnungsbeamter tätig. Im Juli 1920 arbeitete er beim deutschnationalen Studentendienst und war damals auch Mitglied der deutschnationalen Volkspartei. Erst später ist er infolge eines Prozesses zwischen der deutschnationalen Volkspartei und dem Nationalen Studentendienst in Konflikt mit der deutschnationalen Volkspartei geraten und wurde im Verlauf dieser Zwistigkeiten von ihr ausgeschlossen. Heute noch ist Guenther, der von diesem Ausschluß erst vor 4 Wochen erfahren haben will, Mitglied folgender rechtsstehender Organisationen:

- Bund der Aufrechten,
- Deutscher Bund,
- Deutscher Offiziersbund,
- Deutschnationaler Jugendbund.

In der deutschnationalen Jugendbewegung spielte er als Vorstandsmitglied eine Zeitlang eine führende Rolle, jetzt ist er Mitglied der Ortsgruppe Hanja des deutschnationalen Jugendbundes. Auch dem Deutschen Treubund gehört er als Mitglied an. Im übrigen sei noch erwähnt, daß Guenther, der am Sonnabend morgen bei der Abfahrt des Automobils zugegen war, früher mehrfach in Kurierfahrten nach München verwandt worden ist. Im Besitze des Guenther, der sich, wie eben erwähnt, auf seine nähere Bekanntheit mit führenden rechtsstehenden Persönlichkeiten bezog, ist eine Reihe von Briefen gefunden worden, aus denen hervorgeht, daß Guenther in gesellschaftlichen und politischen Beziehungen zu hervorragenden Mitgliedern der deutschnationalen Volkspartei gestanden hat. So wurden

Briefe von Heißerich, Ludendorff, Jagow, Westarp gefunden.

Die Verhaftung Guenthers und die Durchsuchung bei ihm ist auf Veranlassung des Staatskommissars für öffentliche Ordnung erfolgt.

In Zusammenhang mit dieser Meldung verdient die Tatsache Erwähnung, daß Herr Heißerich dem Polizeipräsidium zur Verfolgung der Täter 100 000 Mark und die Deutschnationale Partei der gleichen Stelle 200 000 Mark angeboten haben. Das Angebot wurde natürlich abgelehnt. Man wird sich aber fragen müssen, aus welchen Gründen die Herren, die mit dem Mordgehilfen Günther in so eifriger Korrespondenz standen, diesen Schritt getan haben.

(Weitere Meldungen 3. Seite.)

Verantwortung des Bürgertums.

Das Netz der Verfolgung zieht sich über den Mörder und ihre Helfer immer dichter zusammen. Einer der Täter sitzt in sicherem Gewahrsam. Bei einem Helfer, der verhaftet wurde, sind Briefe von Ludendorff und Heißerich gefunden worden. Ganz gewiß wird in diesen Briefen, deren Inhalt uns zur Stunde noch nicht bekannt ist, nicht gestanden haben, daß man Rathenau ermorden soll. Aber die Tatsache, daß die Mörder in schriftlichem Verkehr mit den Heroen der Deutschnationalen Partei gestanden haben, zeigt die Enge der Verbindung, die zwischen dieser Partei und der Mordgesellschaft bestand.

Damit wird auch immer wahrscheinlicher, daß den Attentaten auf Scheidemann und Rathenau eine ganz bestimmte politische Absicht zugrunde liegt. Sie ist aufgedeckt in den Enthüllungen, die Genosse Wels an der Hand von Dokumenten über die Pläne der Organisation C machte. Die Führer der Linken sollten weggeschossen werden, um die Massen zu wider Wut zu erregen und das Chaos zu entfesseln. In diesem Chaos soll dann die Rechte, die Angst des Bürgertums auszunutzen, als Retter auftreten und „die Ordnung wiederherstellen“.

Diese Spekulation, die so verrückt ist, daß ein normales Menschenhirn sie kaum fassen kann, hat in Darmstadt und einigen anderen Orten Anfangserfolge gezeitigt. Die Rechtspresse ist voll von ungeheuerlich übertriebenen Nachrichten über Gewalttätigkeiten, die von den erregten Massen da und dort verübt worden sein sollen. Käme es im ganzen Reich zu Ausschreitungen, gegen die die republikanischen Behörden einzuschreiten gezwungen sind, ginge es drunter und drüber, so würden die Politiker des Reiches sich veranlaßt die Hände reiben und sagen: „Es geht alles nach Wunsch!“

Jede politische Ueberlegung sagt, daß Ausschreitungen, die von republikanischer Seite verübt werden, nur den Plänen der Rechten zu Hilfe kommen. Wer die Republik schützen will, der muß alle Kraft aufbieten, damit die republikanische Massenbewegung in gesetzlichen Bahnen verläuft. Erreichte Massen, die in Baulichkeiten eindringen, Sachschäden anrichten und sich an Personen vergreifen, die sie mit Recht oder Unrecht für schuldig halten, fördern unbewußt die Pläne der Organisation C.

Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, alles aufzubieten, um den Plan der Rechten zu vereiteln und zu verhindern, daß Deutschland in den Abgrund stürzt. Das kann ihr aber nur gelingen, wenn die arbeitenden Massen fest zusammenhalten und auch im Bürgertum Unterstützung finden. Fehlt diese Unterstützung, so werden wir eine neue Tragödie Deutschlands erleben, an der letzten Endes die politische Unreife des Bürgertums die Schuld tragen wird. Muß man es den bürgerlichen Parteien auch jetzt noch in die Ohren schreien, daß jetzt keine Zeit ist, um den Preis des Umlagegetreides zu fesseln?

Das Gesetz zum Schutz der Republik bedarf zu seiner Verwirklichung einer Zweidrittelmehrheit. Zu ihr langt es knapp, wenn im Reichstag alles, was republikanisch ist, fest zusammenhält. Reigt sich, daß die Rechte trotzdem stark genug ist, sein Zustandekommen zu verhindern, dann muß zur Auf-

lösung des Reichstags geschritten werden, um unter der Führung der Regierung Wirth eine stärkere Mehrheit zum Schutz der Republik zu erhalten. Wenn die Regierung durch sofortige Aufnahme von Unabhängigen — wir betrachten diesen Schritt und die Einigung nur als eine Frage der nächsten Zeit — nach links vorstößt, um so besser! Das Ergebnis der Wahlen kann dann kein anderes sein als ein überwältigendes Votum des Volkes für die Republik, eine vernichtende Abrechnung mit ihren feigen Wechsellern, und auf dieses Volkstribunal geführt wird die nach links erweiterte Regierung endlich, endlich die Kraft finden, rücksichtslos auszuräumen und die Ordnung der Republik im Innern zu sichern. Dann werden auch die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Außenpolitik und eine Wiederaufrichtung der Wirtschaft gegeben sein.

Aber dieses trübende Zukunftsbild zerrinnt in nichts, wenn die bürgerlichen Parteien versagen. Was dann? Wir werden auch dann unsern Weg finden, wir werden in allem, was dann kommen mag, an unserm Volk, an Demokratie und Sozialismus nicht verzweifeln. Unser die Zukunft trotz alledem! Aber der Weg, den wir zu gehen haben, wird härter und dunkler sein als irgend einer, den wir jemals gegangen sind, und wir haben doch wirklich viel Dunkles und Haries hinter uns. Von den Massen fordert die Stunde Selbstbeherrschung und Bereitschaft.

Ein deutschvölkischer Held.

Herr Fleisch, der Begründer Heißerichs.

Zu der am Montag im Bureau der Deutschnationalen Volkspartei erfolgten Wiedererhebung des angehenden stud. jur. und Marineleutnants a. D. Frih Werner Fleisch — des gleichen Pannes, der eine halbe Stunde nach der Ermordung Rathenaus Herrn Heißerich den Kranz mit schwarzweißroter Schleife überbrachte — erhalten wir Mitteilung, die diesen politischen Abenteurer und seine Umgebung in erstaunlicher Weise beleuchtet.

Fleisch ist 22 Jahre alt und mosaischer Konfession. Das hat ihn nicht gehindert, gleich nach der Rekrutierung die Rolle eines wüsten antisemitischen Hehredners zu übernehmen. Bei den Sommer- und Winterreisen 1919 war sein häufiger Aufenthalt das Eden-Hotel, wo er sich mit der Befehlshaberin politisch linksstehender Personen und Organisationen beschäftigte. Schon dort spielte er sich als Offizier auf, obwohl seine militärische Laufbahn nicht über die eines Schreibers bei einer Marine-Landliegerabteilung hinausgegangen ist.

Fleisch war bereits in die Matrosenangelegenheit Marisch verwickelt. Zu Marisch hatte er die engsten Beziehungen. Bei Ausbruch des Kapp-Putsches tauchten Fleisch und Marisch auch plötzlich vereint auf und beschlügen am Hallschen Tor einen Teil der Ehrhardt-Brigade. Fleisch wurde nach dem Putsch einige Male verhaftet, aber immer wieder auf freien Fuß gesetzt, obwohl er sich selbst der Beziehung zu allerhand dunklen Taten brüht.

Nach dem Kapp-Putsch gründete Fleisch die Ortsgruppe Berlin-Süd des deutschvölkischen Jugendbundes, dessen Vorsitzender er längere Zeit war. Erst als seine mosaische Konfession ans Tageslicht kam, mußte er seinen Posten niederlegen.

Fleisch ging dann nach Brasilien und brachte es bei den dort bestehenden rechtsradikalen Organisationen der Auslandsdeutschen zu hohen Ehren. Wo ihr „Vertreter“ betrat er vor etwa acht Wochen wieder den heimatischen Boden, mit reichlichen Geldmitteln ausgerüstet, die ihm den Aufenthalt im Hotel Fürstendof ermöglichten.

Eine halbe Stunde nach der Ermordung Rathenaus überbrachte er dann Herrn Heißerich den Kranz mit schwarzweißroter Schleife und der Aufschrift „Dem Retter der deutschen Ehre“, geküßt vom Deutschen Kriegerbund in Rio de Janeiro. Diese Tat verhofft ihm allerdings zu einer Portion Maulschellen durch ein paar empörte Republikaner.

Aus den bei Fleisch beschlagnahmten Papieren geht hervor, daß er Angehöriger mehrerer militärischer Organisationen ist, von deren Erstzügen den Verbänden bisher noch nichts bekannt war. Trotz dieses Materials wurde Fleisch aus der Haft entlassen. Erst als bei der Durchsuchung seines auf dem Potsdamer Bahnhof lagernden Gepäcks neues schwer belastendes Material gefunden wurde, wurde seine abermalige Festnahme angeordnet.

Arbeiter gegen Nationalisten.

Polizei fördert nationalistische Exzesse.

München, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Abend der großen nationalistischen Demonstration in München ist durch das wohlgeordnete Eingreifen der Münchener Arbeiterschaft ohne erhebliche nationalistische Ausschreitungen und ohne Blutvergießen verlaufen. Während die rechtsbolschewistischen Verbände ihrer Parole gemäß sich auf dem Königsplatz versammelt hatten, um von hier aus zu weiteren monarchistischen Demonstrationen abzumarschieren, hatte die Münchener Arbeiterschaft den Wittelsbacher Platz, den Max-Josephs-Platz und den Odeonplatz besetzt, um Kundgebungen vor dem Kronprinzenpalais und dem Hotel der Entente-Kommission zu verhindern. Dieser Zweck wurde trotz Ausschreitungen der Polizei voll erreicht. Die aufgelegte Residenzwache der Polizeiwehr drang unter Führung eines Offiziers gegen die Menge vor und schlug mit Knütteln und der blanken Waffe auf Männer, Frauen und Kinder ein. Mehrere Opfer blieben auf der Strecke und wurden von den Arbeiterkameraden nach Hause geschafft. Zum Schluss versammelte sich die Arbeiterschaft auf dem Sendlinger-Tor-Platz, wo Genosse Kuer den Republikanern aller Parteien dankte und sich hoch auf die Republik ausbrachte. Ein Sipobattalion, das mit sechs Kraftautomobilen anrückte, zerstreute dann die dort versammelte Menge.

Wiesbacher Exzesse.

Der berühmte „Wiesbacher Anzeiger“ beschimpft den toten Rathenau mit folgenden Ausführungen:

„Am Krieg war er — der tausendfache Millionär, der frühere Freund Kaiser Wilhelms, der heutige Freund des russischen Bolschewisten Kader-Soboleff — der Begründer der Rohstoffverordnung, der Mann, in dessen Namen die kirchenslogischen fortgeholt wurden, die Herd- und Messingklänge und die Bismarckfeier.“

Nach dem Krieg sah er, wie so viele, sein Rieskapital in Gefahr und schlug sich auf Seite derer, die mit ihrer Revolution vorgaben, das Kapital anzugreifen.

Der Erfolg für ihn, sie und die Millionen war ersichtlich. Die großen Kapitalisten blieben in den festen Händen der Großkapitalisten, aus den Millionen Rathenaus waren Milliarden geworden.

Schiller läßt seinen Wallenstein sagen: „Denn aus Gemeinem ist der Mensch gemacht.“ Merkwürdigerweise hat er Herrn Klaus Eck, den Herausgeber des „Wiesbacher Anzeigers“, noch gar nicht genannt.

In diesem Zusammenhange verdient eine Mitteilung wiedergegeben zu werden, die die „C.B.-Zeitung“ Nr. 8 vom 22. Juni der Öffentlichkeit übergibt: „Auf der Wandtafel bei Bad Münstler am Stein ist im Fremdenbuch Seite 450 folgendes zu lesen: „Walter Rathenau. Dieses Schwein geht mit Mäusur vergiftet. Deutschvölkisch immerdar!“ Es folgt ein Hakenkreuz, eine Unterschrift steht. Das ist der deutschvölkische Geist in Reinkultur.“

Deutschvölkische Mordfeier.

Unter Mitwirkung der Reichswehr und Duldung der Schupo.

Ein Berliner Leser unseres Blattes, der am Sonnabend zufällig in Potsdam war, schreibt uns:

Trotz des Verbotes fand in Potsdam eine Sonnenwendfeier statt, die aus den Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei und des Deutschvölkischen Schupo und Trugbundes gut besucht war. Einige geistesverwandte Berliner Vereine hatten Vertreter geschickt. Für die Aufmunterung sorgte die sogenannte „Schupmannkapelle“. Es wurde reichlich gespielt und gesungen. Natürlich fast ausschließlich Lieder wie „Hakenkreuz am Stahlhelm“ und „Wir sind die Garde, die unsern Kaiser liebt“. Heberische Deklamationen fanden unbedenklichen Beifall. Schupo-Beamte sowie der Gastwirt, die das Abhängen monarchistischer Lieder sich verboten, wurden einfach ausgelacht. Die Kapelle hielt zwar für eine längere Zeit ein. Dafür wurde um so lauter gesungen. Der Major, der die Schupo befehligte, hatte sich — nach höhnischen Bemerkungen der Völkischen zu schämen — „gedrückt“, um nichts zu sehen! Aufreizende Beiträge hielten u. a. ein Kaufmann Kurt Stage, Potsdam, Margaretenstr. 27, der Magistratsbeamte Hans

Hardike, Sophienstr. 9, und ein Wandersmann, der „zufällig“ in die Versammlung gekommen sein wollte. Einige besonders „Nationalgestante“ standen mit zum Schwur erhobener Hand an einem Tisch, brachten

auf die Ermordung Rathenaus ein Hoch

aus und sangen dazu: „Wir wollen keine Judenrepublik“. So möge es allen Juden gehen! rief ein Chor der Rache. In einem Tisch umweit der Kapelle stand ein besonders „Deutschgestanter“ vom Blase auf, ein gefülltes Glas in der Hand und rief: „Ich bringe hiermit auf die Ermordung Rathenaus mein Glas!“ Der Lump fand lebhaften Beifall der Umstehenden. Als die Sache der Schupo selbst zu bunt wurde und sie einen zwanzigjährigen Kaufmannesohn namens Schröder festnehmen wollte, wurde dieser durch einen Mann in Hufrennform und seinem Anhang befreit. Lediglich die Feststellung wurde gestattet. Ein Schupo-Beamter erklärte: „Das ist hier schon kein Gartenkonzert mehr, das sind Ausschreitungen!“ Über es geschah nichts; im Gegenteil, trotz ausdrücklichen Verbots wurde um 12 Uhr nachts auf dem Spielplatz auf dem Telegraphenberg ein Feuer angezündet. Jaghafte wurden durch Worte aufgelacht:

„Ihr werdet doch die Lumpenregierung nicht fürchten, immer raus auf den Platz.“

Ran wurden Hakenkreuzlieder und „Heil dir im Siegerkranz“ gesungen und sodann eine Parade marsch um das Feuer angeführt.

Unter diesen Leuten befanden sich auch circa 50—60 Reichswehrsoldaten,

die hauptsächlich unter dem Kommando eines stadtbekannteren früheren Leutnants Koch standen.

Die Potsdamer Schupo-Bezirke steht unter dem Kommando des Polizeipräsidenten v. Zihewitz und hat bisher regelmäßig gegen monarchistische Ausschreitungen verfahren. Wir verlangen, daß die Beamten, die sich in derart skandalöser Weise passiv verhalten haben, augenblicklich zur Rechenschaft gezogen werden, vor allem aber die für das Verhalten der Beamten verantwortlichen Vorgesetzten. Und was denkt Herr Gehler über die Taten seiner „entpolitisierten“ Reichswehr?

Der Polizeimajor gegen Schwarz-Rot-Gold.

Die 5. Hundertschaft der Polizeibteilung Neukölln hatte sich eine schwarzrotgoldene Fahne gekauft und wollte diese, um ihrer Trauer über die Ermordung Walter Rathenaus Ausdruck zu geben, am Tage der BeerDIGUNG auf dem Kasernegebäude halbmast aufziehen. Die Leitung der Polizeibteilung hatte von sich aus keine Befehlsgewalt erteilt. Die Beamten versuchten nun, von Major Baer die Erlaubnis zu erhalten, die Fahge zu hissen. Major Baer war gerade abwesend. Sein Vertreter, Hauptmann Herrmann, verweigerte die Erlaubnis, da nur die Dienstfahge aufgezogen werden dürfte — die aber nicht vorhanden war!

Die Beamten der 5. Hundertschaft gingen nun in ihrem Quartier die Fahge aus dem Fenster. Sowie Major Baer davon erfuhr, gab er den dienstlichen Befehl zum Einziehen der Fahge. Er begründete das damit, daß sonst andere Beamte ebenso gut schwarzweißrot flaggen könnten. Daß schwarzrotgold die Reichsfahge ist, schwarzweißrot dagegen nicht, scheint der Herr Major nicht zu wissen. Außerdem handelt es sich um die Wohngebäude der Beamten, für deren Räume die Beamten Miete zahlen müssen. Die Beamten sehen in dem Verbot des Flaggens um so mehr eine Beeinträchtigung ihrer persönlichen Freiheit, als unter dem alten System es durchaus gestattet war, bei besonderen Anlässen schwarzweißrote Fahnen aus den Fenstern der Kaserne-wohnungen herauszuhängen.

Ein ganz ähnlicher Fall hat sich in der 2. Hundertschaft der Polizeibteilung Friedrichshain, Köpenicker Straße 12, zugetragen. Dort sollte vorgestern eine Befehlsgewalt der Hundertschaft durch den Gruppenkommandeur Ebel stattfinden. Da in der Kaserne, was eigentlich Vorschrift ist, keine Reichsfahne vorhanden war, haben die Beamten unter sich eine Sammlung veranstaltet, die sehr reich ausfiel, und haben eine schöne schwarzrotgoldene Fahne gekauft. Diese Fahne wurde mit Erlaubnis des Polizeiobersten kurz vor der Befehlsgewalt auf-

gezogen. Im gleichen Augenblick aber, als der Gruppenkommandeur die Kaserne betreten wollte, holte der Kaserne-Wärter die Fahne nieder, welche sofort verschwand. Der Kaserne-Wärter will dies auf höheren Befehl getan haben, „weil“ aber nicht, wer ihm den Befehl gegeben hat. Wir legen großen Wert darauf, daß dem Gedächtnis des Kaserne-Wärters energisch nachgeholfen wird!

Koalitionsfront in Kassel.

Kassel, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Demonstration am Dienstag war die größte, die in Kassel jemals stattgefunden hat. Das demokratische Organ schätzt die Zahl der Teilnehmer auf 100 000. Die Resolution, die von den Koalitionsparteien, also dem Zentrum, den Demokraten und Sozialdemokraten zur Verlesung und zur Annahme gebracht worden ist, enthält u. a. folgende Sätze:

Wir billigen die erlassenen Forderungen zum Schutze der Republik. Wir sind aber der Meinung, daß noch ganz anders, noch viel schärfer durchgegriffen werden muß. Vor allem verlangen wir die umgehende Säuberung der Reichswehr, der Schupo, der Verwaltung, der Justiz, der Universitäten und der Schulen von allen der Republik nicht unbedingt treuen Elementen. Bietet dazu das gegenwärtige Reichsparlament die Regierung nicht den genügend starken Rückhalt, dann möge ein Appell an das Volk erfolgen, um der Regierung die erforderliche Macht zu geben zu schärfstem Kampfe gegen Reaktion und Revolution.

Tendenzlügen.

Nach der Meldung des WTB. soll der volksparteiliche Abgeordnete Dingeldey bei der Rathenau-Demonstration in Darmstadt lebensgefährlich verletzt worden sein. Nach der Meldung eines hiesigen Mittagsblattes ist diese Nachricht, obwohl sie in einem Telegramm der Hessischen Volkspartei an die Reichsregierung wiederholt wurde, tendenziös unwar. Der Abg. Dingeldey hat gestern schon ebenso wie der Abg. Osann an einer Sitzung des Finanzausschusses teilgenommen. Sein Leben ist tatsächlich gar nicht gefährdet gewesen.

Es liegt hier eine ganz unerhörte Verfälschung der Öffentlichkeit durch das offiziöse WTB. vor. Offiziell im Dienste der Reaktion, hat das WTB. sich nicht scheut, die lebensgefährlichen Verletzungen eines Abgeordneten zu melden, der sich keinen Augenblick in Lebensgefahr befunden hat. Dieser Stand ist nicht der erste, es sei nur an die Haltung des WTB. in den Kapp-Tagen erinnert. Die Regierung wird zu verlangen haben, daß das WTB. jede Beziehung zu dem Mann löst, der sich der Verbreitung dieser Lügenmeldungen schuldig gemacht hat. Sonst muß die Regierung ihre Beziehungen zum WTB. lösen.

Eine „aufrechte“ Herausforderung.

An verschiedenen Zeitungskiosken der Firma Sillke hängt — sogar in mehreren Exemplaren und auffällig — die Nr. 26 des „Aufrechten“ mit der Titelseite aus:

Lore auf — die Arbeiter erkennen immer mehr, daß es unter der kaiserlichen Regierung erheblich besser war als unter der sozialdemokratischen Judenherrschaft.

Das Blättchen ist datiert vom 25. Juni, also wohl noch hergestellt, ehe man sich endlich zum Schutze der Republik gegen die Mordpatrioten aufraffte. Daß die Nummer nicht zurückgezogen wurde, sondern sogar noch groß ausgedruckt wird, ist wohl bezeichnend! Außerdem ist beachtenswert, daß zu den prominentesten Förderern des „Aufrechten“ der derzeitige Verwalter des hohenzollernschen Besitzes, Herr v. Berg, gehört!

Zur Nachahmung.

Getz, 29. Juni. (U.) Auf Antrag der sozialistischen Vertreter im Stadtrat beschloß dieser gegen die Stimmen der Bürgerlichen, den bisherigen Hindenburgplatz in „Rathenauplatz“ umzutauften.

Der Mord und die Frau.

Von Karl Kruse.

Auf der Bank in der Königsallee sitzt die Frau. In der Sonne. Und denkt. Denkt über die Welt. Woran denkt sie noch? Die Sonne scheint und zeichnet Figuren auf die Bank.

Die Frau sitzt und denkt. Denkt an die Güte im Menschen.

Sie liebt die Menschen. Wo wohnt solche Güte? In der Frau, die im Sonnenschein auf der Bank sitzt.

Da fallen vor ihr Schiffe.

Taf, taf, taf, taf.

Schiffe in rascher Reihenfolge. Und das Zerplatzen einer Handgranate. Wie wenn ein Hund kläfft. So platzt die Handgranate.

Die Schiffe gehen. Vor ihren Augen zerreißen die Schiffe einen Menschen.

Sie hat an die Güte im Menschen gedacht.

Da zerran die Schiffe an ihrer Seele und bliesen das fort, was sie eben gedacht hat. Sie wird irren. Irren an der Güte der Menschen.

Denn Schiffe rasen und tosen.

Und sie muß helfen. Irgend etwas in ihr reißt sie empor von der Bank, auf der die Sonne liegt. Sie muß helfen!

Muß irgendwie helfen.

Der Chauffeur des Gemordeten ist ratlos. Sieht nur stumm auf den Toten. Ringt die Hände und sieht stumm auf den Gemordeten.

Das Blut rinnt noch von den letzten Herzschlägen über das Gesicht. Freist sich in den Krugen. Färbt alles mit dem Lebenssaft.

Die Frau irrt und will helfen.

Plötzlich weiß sie, wie sie hilft. Wieder stumm, von einer taumelnden Macht befangen, läuft sie auf den Toten zu. Nimmt seinen blutigen Kopf in den Arm und tupft mit dem weißen Taschentuch das Blut aus dem Gesicht. Die ganze ohnmächtige Angst ihres Herzens, das helfen will und doch nicht helfen kann, spricht in diesem sanften Tuscheln. Wie sie verächtlich wüßte. Immer wieder, und das Blut rieselt, rieselt.

Und die Frau hält den Kopf des toten Mannes wie etwas überaus Kostbares im Arm und stillt das Blut. Mit einer zerrissenen Seele tut sie es. Woran dachte sie? An die Güte der Menschen.

Wird sagter: „Rathenau starb für die Menschenerkennung!“

Die erste Tat, nachdem das warme Leben den Gemordeten verlassen hatte, war eine Menschenerkennung.

Auf der Bank sah die Frau im Sonnenschein.

Im spielenden Sonnenschein und zerbrach ihr Herz und lehrt uns an die Menschen glauben.

Tropf alledem.

Individualismus und Sozialismus.

Bei der Lektüre der kürzlich erschienenen „Politischen Theorien in ihrer geschichtlichen Entwicklung vom Altertum bis zur Gegenwart“ von Dr. Kurt Sternberg (Verlag Siegfried Seemann, brosch. 30 Mk.) ist mir wieder einmal die geschichtliche Entwicklung der sozialistischen Weltanschauung aus der individualistischen zum Bewußtsein gekommen.

Der Individualismus erscheint bei seinem Auftreten in der Geschichte der Völker als ein Sichausbäumen des Menschen gegenüber irgendwelcher fremder Abhängigkeit. Seien es politische Mächte wie zur Zeit der Sophisten, sei es die kirchliche Autorität des Mittelalters, die den Staat zu beherrschen suchte, immer finden wir, daß dieser von außen kommende Druck eine Reaktion des menschlichen Willens erzeugt. Daß der Mensch sich durch den reinen Individualismus zu befreien sucht, daß er den Staat dementsprechend als ein Verdrängungsgebilde ansieht, das die Menschheit sich schafft, um jeder für sich möglichst ungebunden und am vorteilhaftesten zu existieren, ist ein Ueberbegriff des an sich so gefundenen Dranges nach Freiheit und menschennwürdiger Selbständigkeit.

Erst wenn ein Volk die Ideen des individualistischen Liberalismus völlig in sich aufgenommen hat, wird es reich zur kritischen Selbstbestimmung. Dann wird das Volk durch einige seiner Mitglieder zum Verkünder des Gemeinschaftsgedankens. Dieser Gedanke aber ist letzten Endes derjenige, der den ureigsten Sinn des Sozialismus — dies Wort in seiner weitesten Bedeutung — ausmacht.

Typisch hierfür ist der Begriff des Internationalismus. Der Individualismus macht diesen zum losen Zusammenleben aller Menschen; der Sozialismus gestaltet ihn zum harmonisch-organischen Leben der Völker untereinander, zur Gemeinschaft der Völker, die seitdem ein Gemeinschaftsleben führen.

Sternberg — der übrigens Dogen an der Berliner Volkshochschule ist — führt uns in dem genannten Buch in überaus klarer und sachlicher Weise vom Altertum bis zur Gegenwart, überall den Zusammenhang zeigend. Es handelt sich nicht um eine historische-philosophische, sondern um eine philosophische — aber durchaus leicht verständlich geschriebene — Arbeit. Dem Aristoteles Marx wird Sternberg leider nicht ganz gerecht, da ein Verstoß dieses Meisters, ohne auf die Zusammenhänge einzugehen, die mit Tolstoj Diergans Schriften befehen, schwer ist. Laßalle wird etwas kurz behandelt. Ein Eingehen auf das Verhältnis Volkales zu Richte wäre sehr wünschenswert gewesen. Sehr gut ist alles übrige. Im besonderen verdient die Herausstellung der kantischen und nicht-kantischen Ideen hervorgehoben zu werden. Bei diesen Denkern zeigt sich deutlich die Abhängigkeit von liberalistischen Ideen; diese ist mit dem ersten Versuch verknüpft, durch Anerkennung der Autonomie der Vernunft zur höheren Staatsauffassung, zur Idee der sozialistischen Gemeinschaft zu gelangen.

Das Buch darf unbedingt empfohlen werden. Es zeigt uns an Hand der Geschichte, wie schwächliches und falsches Erfassen der Idee der Freiheit zum Begriff der Willkür des Manchester-tums, wie ein starkes, freies und gesundes Denken und Wollen zur Idee des Sozialismus führt. Dr. B. Israel.

Ein Malaria-Serum. Es ist eine bei Laien verbreitete Anschauung, daß die Malaria eine harmlose Erkrankung seien. Das ist aber ein arger Irrtum. Nach der Statistik sind in Wien im Jahre 1907 bis 1910 mehr Menschen an Malaria gestorben als an Scharlach, Diphtherie und Keuchhusten zusammen. In Deutschland erkranken jährlich etwa 600 000 Kinder an Malaria, von denen etwa 42 000 sterben. Die Malaria-Gefahr ist am größten bis zum 4. Lebensjahr, und wenn Kinder dieses Alter überschritten haben, so sind sie mit wenigen Ausnahmen der Gefahr entgangen. Wenn es gelänge, alle Malaria-Erkrankungen bis ins 5. oder 6. Lebensjahr zu verdrängen, so wäre damit dieser Krankheit ihre Furchtbarkeit genommen. Ein Malaria-Serum hat nun Dr. Rudolf Degl'wich gefunden, wie er in der „Anschau“ berichtet. Er stellte fest, daß geringe Mengen Malaria-Resorptions-Serum imstande sind, Kinder, die einer Injektion ausgesetzt oder schon infiziert sind, vor der Erkrankung zu schützen. Es genügen schon ganz geringe Serummengen zum Schutz; sie werden wie Diphtherie-Heilserum eingespritzt. Der Schutz ist kein dauernder. Von 70 Kindern, die am fünften Tage nach der Anstetzung gespritzt wurden, erkrankten nur 6 an Malaria, als sie nach 4½ Monaten mit Malariaerkrankungen wieder zusammenkamen und kein Serum erhalten hatten. Durch dieses Malaria-Serum soll es sich erreichen lassen, die Malaria für viele Kinder bis ins vierte oder fünfte Lebensjahr hinauszuschieben und damit sehr viele am Leben zu erhalten. Schwierig ist nur die Beschaffung. Gelänge es in einer Stadt wie München, in der jährlich etwa 6000 Kinder an Malaria erkranken, 300 Serum-Spende zu bekommen, so könnte die überwiegende Mehrzahl der gefährdeten Kinder geschützt werden. Es sollen daher Freipflege in Kinderkrankenhäusern für solche Kinder errichtet werden, die als Serum-Spende in Betracht kommen und sich nach der Genesung eine bestimmte Menge Blut abnehmen lassen, was ohne Schädigung für sie geschieht. In verschiedenen Städten ist die Serum-Gewinnung schon in dieser Weise organisiert. Es würde uns rätlicher erscheinen, wenn die Ärzte verpflichtet würden, jedem von den Malaria-erkrankenden Patienten die betreffende Menge Blut abzunehmen. Sonst läme es dazu, daß die Armen das Serum liefern müssen, das an die Reichen verkauft wird.

Trauung durch einen weiblichen Postor. Die erste Trauungszeremonie, die in England durch eine Frau vollzogen wurde, fand diese Tage in London statt. Der Götliche war Reverend Constantine Moran Colman, die Gattin des Hauptgeschäftlichen der Kirche, in der die Trauung vollzogen wurde. Die Zeremonie erfuhr verschiedene Abänderungen. In dem Gebilde der Braut war nichts von „herr sein“ und „gehorsam“ vorhanden. Die Trauformel bestand darin, daß Braut und Bräutigam die Ringe wechselten und dabei jedes die Worte sprach: „Wie dieser Ring legt deinen Finger umschließt, so laß meine Liebe dich alle Tage deines Lebens umschließen.“ Außer dem weiblichen Geistlichen wirkten ein weiblicher Organist und ein Frauenchor bei der Trauung mit.

Neuerwerbungen der Nationalgalerie. Die Nationalgalerie erwarb für die Sammlungen des ehemaligen Kronprinzenpalais ein Bild von Paul Chiriac, ein Bild in Opaen, die Kapelle, ferner ein Blumenbouquet des Künstlers, „Dröben“. Auch ein erstes Bild von Emil Nolde, dessen Bilder das Kronprinzenpalais schon mehrfach ausstellte, ist jetzt in Staatsbesitz übergegangen. Es ist ein Rastendbild.

Die Berliner Börse reagierte auf die Nachricht von einer bevorstehenden Reichstagsauflösung sehr stark. Am Effektenmarkt war das Geschäft minimal, da man glaubt, daß bei einer neuen Zusammensetzung des Reichstages die sozialistischen Parteien bedeutend gewinnen würden. Am Devisenmarkt war die Tendenz fest. Der Dollar erreichte um die Mittagsstunde eine Höhe von 360.

Vor den Staatsgerichtshof!

Verteilung des Prozesses Breitscheid-Kloth.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II begann heute vormittag unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hartmann ein Beweisverhör, den Rechtsabgeordneter Dr. Rudolf Breitscheid (l. Sez.) gegen den Generalsekretär der Deutschen Volkspartei Emil Kloth angestrengt hatte. Kloth hatte am 23. Oktober v. J. in der in Offen erschienenen Zeitschrift „Das freie Wort“ einen Artikel veröffentlicht, der die Heberchrist trug „Von neuen Majestäten“ und in dem Breitscheid der verdeckte Vorwurf gemacht wurde, daß er für seine politische Tätigkeit Ententzuewendungen erhalte.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung regte Landgerichtsdirektor Hartmann an, die Angelegenheit nicht vor der Strafkammer, sondern vor dem Staatsgerichtshof auszutragen, da nach der neuen Verordnung zum Schutze der Republik bei derart schwerwiegenden Beschuldigungen eines Politikers der Staatsgerichtshof zuständig sei. — Verteidiger Rechtsanwalt Kistberg stellte sich gleichfalls auf diesen Standpunkt. Im übrigen sei jedoch nicht zu verstehen, daß Dr. Breitscheid in dem von Kloth geschriebenen Artikel so erhebliche Beschuldigungen erbläue. Gerade die Partei Breitscheids beläue im politischen Kampf scharfe Worte zu führen. Die Tendenz des Artikels ging aber nur dahin, zu behaupten, daß nach der Ansicht des Beflogenen es nicht anständig sei, im politischen Kampf selber von legendärer Seite anzunehmen. Ueber den Begriff „von anderer Seite“ könne man jedoch geteilter Ansicht sein, da ja nach der Auffassung einer politischen Partei, ob sie nun national oder international eingestellt ist, die Auffassungen in diesem Punkte grundverschieden seien.

Rechtsabgeordneter Dr. Rosenfeld als Klagevertreter erklärte gleichfalls, daß seiner Ansicht nach für die Frage, ob die UEB. im allgemeinen und Dr. Breitscheid im besonderen selber aus Ententzuewendungen bezogen habe, der Staatsgerichtshof zuständig sei. Seinem Mandanten sei es jedoch willkommen, auch vor der Strafkammer zu verhandeln, da er sich vor allen Dingen von dem Vorwurf reinigen wolle, er habe, um mit den Worten des Beflogenen zu sprechen,

„um ein schnelles Stück Geld zu verdienen, gewisse Veröffentlichungen gegen besondere Zuwendungen gemacht“.

Durch diese Beschuldigungen, die in der Form roh und verlegend seien, werde jene Limosphäre geschaffen, die politische Korruption schaffe. Gerade jetzt unter dem Eindruck von Rathenaus Tod, dem man ja auch vorgeworfen habe, daß er eigenartige Interessen verfolgte, müsse festgestellt werden, daß durch solche Veröffentlichungen, die den Gegner in der niedrigsten Weise verunglimpfen,

Mordstimmung geschaffen

werde. Dr. Breitscheid liege nichts an der Bestrafung des Kloth. Er wünsche nur in aller Offenlichkeit festzustellen, daß weder seine Partei noch er selbst irgendwelche Gelder von französischer Seite genommen hätten.

Nach längerer Beratung beschloß die Kammer, den Prozeß dem Staatsgerichtshof zu überweisen, weil es sich um ein Mitglied der früheren Regierung handele, das bestraft worden sei, so daß die Beschuldigung eine öffentliche sei und daß sie infolgedessen unter § 13 der Verordnung zum Schutze der Republik falle.

Der Staatsgerichtshof in Berlin.

Der Oberreichsanwalt, der als Anklagebehörde dem Staatsgerichtshof beigegeben wird, wird seinen Sitz nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, in Leipzig nehmen. Er wird vielmehr, wie die „Dema“ erfährt, heute in Berlin einziehen und im Reichsministerium des Innern Diensträume beziehen. Der Sitz des Staatsgerichtshofs ist somit nach Berlin verlegt. Der Oberreichsanwalt wird seine Anklagefunktion im engeren Zusammenhang mit den Feststellungen des Reichskommissars für öffentliche Ordnung vornehmen.

Gegen Moskau und Versailles.

London, 29. Juni. (B.B.) Die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei in Edinburgh hat eine Entschlieung, wonach die Arbeiterpartei den Anschluß der kommunistischen Partei zulassen sollte, mit 3685 000 gegen 201 000 Stimmen abgelehnt. Sodas erklärte in seiner Rede, die britische kommunistische Partei sei der Sklave Moskaus. Man brauche nur die Verfassung der britischen Arbeiterpartei und die Thesen der Dritten Internationale zu vergleichen, um zu sehen, daß von einer Versöhnung nicht die Rede sein könne.

In einer anderen, nach Shaws Referat, einstimmig angenommenen Entschlieung wird die Politik der Regierung bezüglich der Friedensverträge und des Völkerbundes verurteilt. Es wird gefordert, daß der Versailler Vertrag im Interesse des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas abgeändert, die deutsche Reparationszahlung herabgesetzt und die militärische Befehung beendet werde, daß Rußland politisch anerkannt und der Handel mit ihm gefördert werde. Außerdem wird in der Entschlieung verlangt, daß die Regierung Japan auffordern solle, die Truppen aus der Republik des Fernen Ostens zurückzuziehen, ferner, daß keinerlei militärischer Pakt von der britischen Regierung eingegangen oder gefordert werde.

Die Konferenz der englischen Arbeiterpartei in Edinburgh nahm eine Entschlieung an, in der erklärt wird, daß die sozialistischen Arbeiterparteien aller Nationen übereinkommen sollten, sich jedem Kriege zu widersetzen. Ferner wird gefordert, daß diese Entschlieung der nächsten internationalen sozialistischen Konferenz unterbreitet werde.

Vertrauensverstoß! Ein Genosse R., der eine Beobachtung zur Ermittlung der Mörder Rathenaus mitteilen hatte, ging damit zur Abteilung I des Polizeipräsidiums. Nachdem man ihn dort verhört hatte, wurde er zur protokolllarischen Aufnahme seiner Aussage in ein anderes Zimmer geschickt, das, wie der Genosse glaubt, die Nummer 268 trug. Jedenfalls lassen sich Zimmer und Name des Protokollführers aus dem Protokoll unschwer feststellen. Das erste, was dem Genossen in diesem Zimmer auffiel, war ein gerahmtes Bild des Deserteurs von Amerongen, das auf dem Schreibtisch des Protokollführers stand. Der Genosse erklärte unter diesen Umständen eine Vernehmung für zwecklos, worauf sich der Herr zögernd entschloß, das Bild wegzunehmen. — Uns haben in den vergangenen Tagen verschiedene Personen Mitteilungen gemacht mit dem Bemerkten, daß sie zu der Abteilung I kein Vertrauen hätten. Hier sieht man, wie das Vertrauen gesät wird.

Eine Deutsch-italienische Gesellschaft zur Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Annäherung ist in Berlin gegründet worden. U. a. sprach Genosse Hermann Wendel über die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien. In den Vorstand wurden u. a. gewählt: Reichsminister Dr. Köster, Chefredakteur Georg Bernhard, Graf Bernstorff, Hermann Wendel, Erster Vorsitzender Hr. Konrad John R. Wiener.

Wie die Mörder ermittelt wurden.

Die Berliner Kriminalpolizei, d. h. die Politische Polizei, Abt. IA, hat in den letzten Tagen gute Arbeit geleistet. Es ist ihr nicht nur gelungen, die Minister-Mörder festzustellen, sondern auch das ganze Komplott aufzudecken, das zur Ermordung Rathenaus führte. Wie diese Arbeit, fast im Stillen, vor sich gegangen ist, soll in folgendem geschildert werden:

Die Nachforschungen der Politischen Polizei, der Abteilung IA des Polizeipräsidiums lenkten bald den Verdacht der Mörder- oder Mitwisserschaft auf bestimmte Personen. Wie diese Leute wurden nach und nach festgenommen. Zunächst trug alles, was die Verdächtigen zur Führung eines Alibibeweises und sonst angab, den Schein der Wahrheit. Jedemal wurden sofort von Beamten der Abteilung IA die Zeugen, auf die sie sich beriefen, auch ihre Angehörigen mit Kraftwagen herangezogen und eingehend vernommen. Ihre Vernehmungen machten dann weitere erforderlich, und so waren die Kraftwagen mit Beamten und Zeugen ständig unterwegs. So ergab sich, daß die Beschuldigten alles gut vorbereitet hatten. Sie wußten von vornherein genau, was sie sagen wollten. So erweckten sie den Schein der Wahrheit. Aber ihr Gebärde hielt nicht langer Stand. Jeder Punkt, den sie oder die Zeugen neu berührten, veranlaßte, ungekündet neue Ermittlungen und Vernehmungen vorzunehmen, und so kamen die Unrichtigkeiten an den Tag. Verdacht und Spuren verdichteten sich immer mehr, die Alibibeweise erwiesen sich von Tag zu Tag und von Stunde zu Stunde deutlicher als künstlich aufgedacht. Weil alle diese Vernehmungen bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Personen nicht in einer Hand liegen konnten, so hielt der Leiter des Ganzen, Oberregierungsrat Dr. Weiß, jedesmal nach gewissen Abschlüssen von Ermittlungen ständig zu den verschiedensten Tages- und Nachtzeiten Konferenzen mit den Unterleuten ab, um sofort wieder die erforderlichen neuen Maßnahmen zu treffen. Polizeipräsident Richter ließ sich über den Gang dauernd unterrichten und erschien wiederholt auch persönlich zu den Besprechungen. Ein Heer von Beamten stand stets zur Verfügung, zum Teil für Berlin und Umgebung, zum Teil auch reisefähig, um sofort in die Provinz und das Reich abfahren zu können. Für den Innendienst

der Abteilung IA war die Zahl der Beamten auf das Äußerstwendigste beschränkt worden.

Das Mörderkleblatt.

Gleich nachdem der Verdacht der Täterschaft sich auf bestimmte Personen gelenkt und endlich auf den bereits verhafteten Tschow, ferner auf Fischer (Vogel, Pöcheur) und Anauer (Körner, Kern) verbleibet hatte, wurden Beamte der politischen Polizei nach allen Richtungen entsandt, nach allen Ortshäfen, in denen die Verdächtigen und die nunmehr als Täter bekanntgegebenen drei Männer sich aufgehalten hatten. So reisten schon vor einigen Tagen Beamte nach zehn bestimmten Ortshäfen im Reich mit Spezialanweisungen von Oberregierungsrat Dr. Weiß. Auch von ihnen trafen bald Nachrichten ein, die die Berliner Ermittlungen bestätigten und immer wieder neue Vernehmungen und Gegenüberstellungen veranlaßten. Diese dauern auch jetzt noch an. Alle erforderlichen neuen Maßnahmen sind jetzt im Innern des Landes und an seinen Grenzen so ausgebaut, daß es den Mördern schwerlich gelingen wird, ins Ausland zu entkommen. Der Entschluß, die Namen der Täter, die übrigen der Polizei schon lange bekannt waren, zu veröffentlichen, wurde erst gestern spät abends nach der letzten Konferenz gefaßt. Nach den bisherigen Ermittlungen ist Anauer wahrheitsgemäß der Chauffeur gewesen.

Der verhaftete Tschow.

Ist ein Sohn des im Jahre 1918 verstorbenen Magistratsrats Tschow, Vorsitzenden des Berliner Kaufmannsgerichts, der, wie jetzt behauptet wird, von keiner Partei etwas wissen wollte. — Die Verhaftung Tschows erfolgte auf dem Rittergut Wlesiu bei Jakobsdorf, in der Nähe von Frankfurt a. d. O., wo Tschow bei einem Verwandten weilte. Er hat am Sonntagabend Berlin verlassen, ist zunächst nach Halle gefahren, wo er sich bei Freunden aufhielt, und von dort nach Frankfurt a. d. O. Das Gut wurde umstellt und die Verhaftung erfolgte ohne große Schwierigkeiten. Tschow leugnet zunächst jede Beteiligung an dem Verbrechen.

Die drei Mörder haben ihre Vereinbarungen in einem Berliner Pensionat in der nördlichen Friedrichstadt getroffen, in dem sie gemeinsam ein einziges Zimmer bewohnten.

Die Schuldfrage zum Eisenbahnunglück.

Zu dem furchtbaren Unglück auf der Ringbahnstrecke Frankfurt-Allee-Gesundbrunnen lenkt uns ein früherer Aufsichtsbearbeiter, der selbst jahrelang auf großen Berliner Bahnhöfen Dienst getan hat und der aus eigener Erfahrung die Abfertigung bei Betriebsstörungen kennt, die folgenden Ausführungen:

Nach der Beschreibung des Unfalls ist der Fehler auf die Sparlichkeit seitens der Eisenbahnverwaltung in erster Linie zurückzuführen. Der Eisenbahn war bekannt, daß sämtliche Berliner Verkehrsmittel, wie Straßenbahn, Untergrundbahn, Omnibusse usw. ab 12 Uhr den Betrieb einstellen. Ihr mußte also auch bekannt sein, daß dieser ganze Verkehr mit diesem Augenblick als Ueberverkehrslehr der Stadt- und Ringbahn zugeführt wurde. Jeder, der die Verhältnisse auf stark frequentierten Bahnhöfen kennt, weiß, daß insbesondere in der Arbeitergegend viele Fahrgäste mit allen möglichen Materialien einsteigen, und daß es aus diesem Grunde außerordentlich schwierig ist, bei der kurzen zur Verfügung stehenden Aufenthaltsdauer von 5 Minuten die Türen ordnungsmäßig zu schließen. Zu den Hauptverkehrszeiten arbeitet das Personal an und für sich sehr oft unter eigener Lebensgefahr. Wenn aber in solchen Ausnahmefällen wie hier das Personal zur Sicherheit der Reisenden und seiner eigenen Sicherheit Türschließer anfordert, werden sie ihm stets von der Verwaltung abgelehnt. Die Verwaltung fordert diese Wehrarbeit, ohne daß sie auch nur einmal mehr Personal aus den Bahnhöfen auf die Bahnhöfe kommandiert hat. Zudem ist die Eisenbahndirektion aus den Kreisen des Personals gerade schon oft genug darauf hingewiesen worden, daß — wenn der gesamte Berliner Verkehr ruht — auch die Eisenbahn sich dieser Betriebsruhe anschließen muß, weil sie technisch gar nicht in der Lage ist, den Verkehr zu bewältigen. Die Verwaltung hat nie auf diese Warnungen des Personals gehört. Für die Eisenbahnverwaltung ist der Arbeiter von jeher nur der zahlende Protet gewesen. Bewiesen wird diese Behauptung dadurch, daß auf den Arbeiterreden im Norden und Osten Berlins durchaus nicht so gearbeitet wird wie im Westen, durchaus nicht dieselben Einrichtungen zur Verfügung stehen, durchaus nicht dieselbe Zugzahl gefahren wird wie im Westen usw. Wüßte das Unglück der Unfall sein, daß in der ganzen Betriebsweise eine gründliche Wandlung eintritt.

In der gestrigen Sitzung des Berliner Magistrats wurde auch das schwere Eisenbahnunglück am Ringbahnhof Schönhauser Allee besprochen. Es soll an die Gewerkschaftskommission herangetreten werden, alle öffentlichen Verkehrsmittel, Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen, Stadt-, Ring- und Korridorbahnen in zukünftigen Fällen einer allgemeinen Arbeitsniederlegung als lebenswichtig in Betrieb zu lassen. Ferner soll von den Gewerkschaften gefordert werden, falls eine Arbeitsruhe nicht zu umgehen ist, die Stilllegung der Verkehrsmittel erst mehrere Stunden später als die allgemeine Einstellung der Arbeit erfolgen zu lassen, damit die wertvolle Bevölkerung ihren oft von der Arbeitsstätte weit entfernten Wohnort ungefährdet erreichen kann.

Hier mit der Einheitsklasse

Die Beseitigung der zweiten Wagenklasse in den Zügen der Stadt-, Ring- und Korridorbahnen wurde im „Vormärts“ schon oft gefordert. Sie ist wohl auch mal „in Aussicht gestellt“ worden, aber wer weiß, wann wir die Einheitsklasse erhalten. Doch sie eine Notwendigkeit ist, zeigt sich immer wieder, wenn aus irgendeinem Anlaß die Stadt-, Ring- und Korridorzüge einen besonders starken Ansturm auszuhalten haben. Warum ist die Befehung der Drittbreiter überfüllter Züge, die am Dienstag zu dem grauenhaften Eisenbahnunglück geführt hat, so üblich geworden? Es wäre wahrlich niemandem zu diesem gefährlichen Reibehess gekommen, wenn nicht die ständige Ueberfüllung der dritten Klasse so viele dazu verleitet. Die Nordbahn der Stadt Berlin wird von vornherein die Einheitsklasse haben — und das ist vernünftig.

Die Kache des Schulinpektors.

Wie die Deutsche Volkspartei Allgemeininteressen vertritt. Die Stadt Berlin hat ein lebhaftes Interesse daran, daß an die Stelle der staatlichen Kreisräte überall in der Stadtgemeinde selbstgewählte städtische Schulinspektoren treten denen dann die staatliche Schulinspektoren übertragen wird, da nur so auch die innere Einheitlichkeit der Schulverwaltung gewährleistet werden kann. Von diesem Gesichtspunkt aus hat der Bezirk Nichtenberg zwei solche Stellen in den Etat eingeseht und bereits unter der Zahl der Bewerber die beiden geeignetesten ausgewählt. In der gestrigen Sitzung des Staatsausschusses befaßte sich nun der deutsch-volksparteiliche Rektor Miethe als „objektiver“ Referent des Ausschusses diese beiden Stellen auf betitigte und fand bei der bürgerlichen Mehrheit ein nur allzu willkommenes Gehör. Dem Ver-

treter unserer Fraktion waren die besonderen persönlichen Zusammenhänge bekannt, gleichwohl begnügte er sich zunächst mit einer sachlichen Erwiderung. Als diese aber nichts nützte und als auch der Hinweis auf die offensichtlich politische Seite der Angelegenheit den Volksparteier nicht zum Schweigen brachte, wurde er von der sozialdemokratischen Fraktion offen befragt, ob er sich etwa persönlich um eine dieser Stellen bewerben habe und damit abgefallen sei. Zur größten Ueberraschung aller übrigen Mitglieder des Ausschusses mußte dieser Vertreter der „Allgemeininteressen“ dies zugeben, und es seien nun folgende Tatsachen festzulegen: Die Deutsche Volkspartei läßt ein persönlich aufs erste intereffiertes Fraktionsmitglied das „Referat“ übernehmen. Dieses Mitglied, als Stadterordneter Vertreter der Allgemeininteressen, bekämpft eine Stelle als überflüssig, um die er sich selbst bewerben hätte, nachdem er nicht gewählt ist. Der Herr Rektor und Volksparteiler tut dies angeblich aus rein sachlichen Motiven, ohne seine persönliche Interessiertheit auch nur mit einem Worte zu erwähnen, ohne weiter zu erwähnen, daß er nach seinem eigenen späteren Geständnis bei einer Befehung der Stelle durch den Staat mehr Aussichten als bei der Stadt haben würde. Es erhebt sich also die berechtigte Frage, ob der Herr Stadterordnerte die Stelle auch bekämpft haben würde, wenn keine Bewerbung Erfolg gehabt hätte! In die Deutsche Volkspartei über darf die Frage gerichtet werden, ob sie eine solche „Berichterstattung“ mit den allergeringsten Begriffen des parlamentarischen Anstands für veränderbar hält oder gewillt ist, den Trennungsschritt zwischen der Vertretung persönlicher und allgemeiner Interessen mit voller Eindeutigkeit zu ziehen.

Hinaus damit!

Daß im alten Kriminalgerichtsgebäude endlich aus den beiden Schwurgerichtssälen die Hörenzollernbilder hinausgeworfen werden müß, haben wir gemeldet. Wir empfehlen, ebenso mit den Hörenzollernbildern im Landgerichtsgebäude an der Brunerstraße zu verfahren, die noch in dem Plenarsaal des ersten Stadtwerts die Wände „schmücken“.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

101. UEB. Oberhänne. Die angelegte Verbands- und Funktionärkonferenz der Parteimitglieder, 8 Uhr, findet statt am Freitag, 6. Juli, im Konferenzzimmer der Kottbuser-Schule statt.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Etwas höher, veränderlich, überwiegend trübe, mit wiederholten Regenbölen und frischen zünftigen Südwest und Nordwest Schwanfenden Winden.

Die Meuchelmörder

haben durch ihre ruflosen Taten die gesamte wertvolle Bevölkerung aufgeweckt. Die Empörung hat sich bei den letzten Demonstrationen sehr deutlich gezeigt. Damit allein ist jedoch der Kampf gegen die organisierten Verchwörer nicht zu führen. Hierzu bedarf es vielmehr einer ebenfalls gefestigten und starken

Organisation.

Durch Sympathieerklärungen allein wird auch diese zu ihren Kämpfen nicht gestärkt. — Man muß sich ihr anschließen und dadurch Mitkämpfer werden. Wer das will, wer die Republik verteidigen und die Mörderbänder bekämpfen helfen will, der schicke die nachfolgende Beitrittserklärung, deutlich ausgefüllt, an Alex Pagels, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, (Postcheckkonto: Berlin Nr. 48 743.)

Beitrittserklärung.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Sozialdemokr. Partei Deutschlands, Bezirk Berlin.
Vor- u. Zuname: _____
geboren: _____ Geburtsort: _____
Beruf: _____
Wohnung: _____
Das Eintrittsgeld beträgt 2.00 Mk., der wöchentliche Beitrag für Männer 2.00 Mk., für Frauen 1.00 Mk.

